

Fukushima-Besuch: Die japanische Regierung lässt die Strahlenopfer im Stich

Sehr niedrige Dosen von radioaktiver Strahlung, im einstelligen mSv-Bereich, wie z.B. bei Computertomographieuntersuchungen, steigern das Risiko an Krebs zu erkranken oder genetische Veränderungen zu bewirken. Das wissen wir Mediziner inzwischen aus neuen wissenschaftlichen Studien. Was bedeutet diese Erkenntnis für die Gefährdung der japanischen Bevölkerung durch Fukushima?

Entgegen der Verlautbarungen der japanischen Regierung und des obersten japanischen Strahlenschützers Prof. Yamashita ist die Bevölkerung von der Präfektur Fukushima bis hin zu manchen an Tokio angrenzenden Distrikten in Gefahr. Schon jetzt zeigen Kinder aus den belasteten Gebieten Zeichen von Immunschwäche. Schon jetzt sind 18 Kinder an Schilddrüsenkrebs erkrankt, bei weiteren 25 Kindern besteht der Verdacht auf Schilddrüsenkrebs.

Meine Reise in die Städte Fukushima, Koriyami und Iwaki, alle Städte in der betroffenen Präfektur Fukushima, meine Gespräche mit Ärzten, Evakuierten und Selbsthilfegruppen, machten mir deutlich, wie sehr die japanische Regierung ihre eigene Bevölkerung in ihren berechtigten Sorgen systematisch im Stich lässt. Besorgte Eltern, die das Thema Strahlung im Schulunterricht kritisch besprochen haben wollen, werden von den Schuldirektoren kategorisch zurückgewiesen.

Ärzten, die bei ihren Patienten (Erwachsene und Kinder) gründliche Gesundheitschecks mit Blutbild und Ultraschall durchführen wollen, verbieten die Behörden der Präfektur Fukushima und die zuständigen Krankenversicherungen häufig, diese Untersuchungen zu machen. Die Repression der Behörden aufgrund kritischer Äußerungen aus der Bevölkerung ist groß.

Prof. Yamashita, ehemaliger Berater der Regierung und oberster Strahlenschützer, hatte kategorisch behauptet, dass unter 100 mSv keinerlei Gefahr für die Gesundheit bestünde.

Ein betriebsärztliches Programm für Vorsorgeuntersuchungen auf Symptome der akuten Strahlenkrankheit, Krebs und Linsentrübung fehlt. Ärzte berichteten sogar, dass sie Arbeiter mit Verdacht auf eine akute Strahlenkrankheit ehrenamtlich und kostenlos behandelten, weil sich Betriebskrankenkassen für nicht zuständig erklärten.

Informationen, ab welchen Belastungen und bei welchen strahlenbedingten Krankheiten Entschädigungen bereit stehen, werden nur selten weiter gegeben. Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht, die Arbeiter werden kurzfristig über Subunternehmen von Tepco angeheuert und mussten 20%ige Lohnkürzungen hinnehmen.

Einhellige Forderung fast aller Gesprächspartner war: Die japanische Regierung muss endlich Verantwortung für diese nationale Katastrophe übernehmen. Der Konzern, der die Katastrophe verursacht hat, kann die Katastrophe nicht lösen. Und wo die Regierung alleine nicht weiterkommt, ist dringend internationale Hilfe, durch Experten, erforderlich.

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel. 030 – 69 80 74 15, ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de

Auf einem internationaler Kongress der „Concerned Scientists and Citizens“ vom 10-13. Oktober 2013 in Tokio wurde über gravierende genetische Veränderungen bei verschiedenen Tierpopulationen, Vögeln und Schmetterlingen berichtet. Fukushima zeigt jetzt schon deutliche Effekte in der Umwelt. Die Behauptung des wissenschaftlichen Komitees der UNO (UNSECAR), dass es nach Fukushima keine sichtbaren Folgen auf Umwelt und Mensch geben wird, ist nicht haltbar . Die Teilnehmer des Kongresses wiesen die Aussage von UNSCEAR zurück und forderten Untersuchungen von unabhängigen Wissenschaftlern.

Dr. Angelika Claußen, (IPPNW)